

## Auch Hamburg ohne KPD

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl — Kommunisten unter 5 Prozent

Hamburg (Eigenmeldung). In Hamburg, der größten Stadt Westdeutschlands, gibt es nach dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 1. November jetzt ebenso wie im Bundestag und in Westberlin keinen kommunistischen Abgeordneten mehr im Parlament. In der Hafenstadt, die früher als eine der Hochburgen der KPD galt, konnten die Kommunisten nicht die 5 % aller Stimmen erringen, die Voraussetzung für eine Vertretung in der Bürgerschaft, dem Hamburger Parlament, sind. Mit ganzen 3,2 % der Stimmen hat die KPD ihren absoluten Tiefpunkt in Hamburg erreicht. Bei den Bürgerschaftswahlen 1946 wählten in Hamburg noch 10,4 % der Wähler die KPD. Bei der Wahl 1949 hatte sie noch 7,4 % und selbst bei der Bundestagswahl vor zwei Monaten noch 3,8 % der Stimmen.

Die zweite Sensation der Hamburger Wahl ist der Sieg des Hamburg-Blocks, in dem CDU, FDP, DP und BHE zusammengeschlossen sind, über die SPD, die bisher die Regierung stellte. Bei einer Wahlbeteiligung von 81,08 % erhielt der Hamburg-Block 50 % der Stimmen, die SPD 45,2 %. Die rechtsradikalen

Splitterparteien erreichten ebenso wie die KPD keine 5 %. Damit werden von den 120 Abgeordneten der neuen Hamburger Bürgerschaft 62 vom Hamburg-Block und 58 von der SPD gestellt. Bei der Bürgerschaftswahl 1949 hatte der Hamburg-Block 47,8 %, die SPD 42,8 % der Stimmen erhalten.

Zusammen mit der Bürgerschaftswahl wurden auch die

sieben Hamburger Bezirksausschüsse neu gewählt. Auch hierbei siegte der Hamburg-Block. Er gewann in fünf Bezirken die Mehrheit. In zwei Bezirken siegte die SPD.

Bundeskanzler Dr. Adenauer wies auf die Bedeutung des Hamburger Wahlergebnisses für künftige Entscheidungen im Bundesrat hin. Infolge des Wahlergebnisses verfügen die Bonner Koalitionsparteien jetzt im Bundesrat ebenso wie im Bundestag über eine Zweidrittel-Mehrheit.

Diese Tatsache wurde auch im Ausland allgemein stark beachtet. Auslandsstimmen weisen darauf hin, in der Hamburger Wahl habe sich ebenso wie bei der Bundestagswahl die völlige Abkehr des deutschen Wählers vom Radikalismus bestätigt.

## Die Flucht glückte

Berlin (Eigenmeldung). Die drei tschechischen Flüchtlinge, die seit etwa zwei Wochen per Steckbrief in der Sowjetzone gesucht wurden, und nach denen über 20 000 Volkspolizisten fahndeten, sind jetzt in Westberlin eingetroffen. Sie meldeten sich bei den amerikanischen Behörden und baten um Asyl.

Zu fünf Mann waren die Flüchtlinge am 3. Oktober in Prag aufgebrochen, am 4. Oktober kamen sie in die Sowjetzone. Sie erklärten, daß sie mehrfach mit Volkspolizisten in Feuergefechte verwickelt waren und dabei mindestens vier Volkspolizisten erschossen haben. Einer der fünf Tschechen wurde bei den Zusammenstößen verhaftet, ein zweiter so schwer verwundet, daß er zurückgelassen werden mußte.

## Kein Abfinden mit der Spaltung!

Tagung der Exil-CDU — „Mit den Mitteln der Politik“

Bonn (Eigenmeldung). Der Hauptvorstand der Exil-CDU prüfte am Wochenende in Königswinter unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser eingehend Stand und Aussicht der deutschen Wiedervereinigungspolitik in der heutigen weltpolitischen Situation. Der Vorstand begrüßte das Bekenntnis der Regierungserklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands als dem obersten Ziel der deutschen Politik. Dabei wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Exil-CDU in Übereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung der Sowjetzone erwartet, daß dieses Ziel mit den Mitteln der Politik in der Entschlossenheit verfolgt wird, die der Not und dem mutigen Widerstand der Bevölkerung in der Zone entspricht.

Auffassungen, denen man da und dort begegnet, daß man sich einstweilen mit dem Status der Spaltung Deutschlands abfinden müsse, wurden entschieden zurückgewiesen. Hemmungen gegen die Wiedervereinigung Deutschlands seien nicht in Einklang zu bringen mit einer wirklichen Befriedung Europas. Der Hauptvorstand erörterte

auch die besorgniserregende Versorgungslage der Sowjetzone im laufenden Erntejahr.

Bei voller Anerkennung der bisherigen Hilfe ist weitere und vermehrte Unterstützung für die Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins unbedingt notwendig, heißt es abschließend in einer Erklärung.

## Zusammenarbeit in Bonn

WG. Das erste Auftreten der Parteien im Bundestag hat eine Welle des Optimismus ausgelöst. Man glaubt, sowohl einen neuen Kurs der SPD als auch die Anbahnung eines besseren Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition feststellen zu können. Was wir in dieser Woche sehen, hören und spüren konnten, das war auf jeden Fall eine neue und bessere Atmosphäre, das Bemühen aller um eine faire und sachliche Diskussion. Man hat die unvermeidliche Erbitterung des Wahlkampfes rasch hinter sich gelassen und sich dann mit grundsätzlichen Erklärungen den Aufgaben von morgen zugewandt. Wenn das der neue Stil auch der praktischen Arbeit sein wird, der allerdings noch der Aufwertung im Sinne einer lebendigen gespannten Debatte bedarf, dann können wir mit dem neuen Bundestag zufrieden sein. Nun, da die polemische Überspitzung und Verkrampfung, die aus dem ersten Bundestag noch in peinlicher Erinnerung sind, sich anscheinend lösen, wird es möglich, eine gute, dauerhafte, für alle verbindliche parlamentarische Tradition zu schaffen. Wir brauchen sie nicht nur aus Gründen der Optik, sondern vor allem auch deshalb, weil sie die Voraussetzung einer sachlich fruchtbaren Arbeit ist.

### Ein Wendepunkt?

Man hat aus der Debatte des Bundestages im Hinblick auf die Haltung der SPD von einem „historischen“ Wendepunkt in der Entwicklung dieser Partei gesprochen. Das ist ein Prädikat, mit dem man, wie die Erfahrung lehrt, nicht allzu freigebig, sondern sehr sparsam sein sollte. Wahrscheinlich erleben wir den Prozeß einer stärkeren sozialdemokratischen Anpassung an die soziologischen und ökonomischen Tatsachen unserer Zeit, die so ganz anders sind, als sie nach der orthodoxen Doktrin des Marxismus heute eigentlich sein sollten. Dieser Prozeß läuft nicht erst jetzt; er war durch die ungewöhnlich scharfe Opposition Schumachers gegen die Regierung nur verschleiert. Erleichtert wird er der

SPD durch das Fehlen der in der Weimarer Republik so bedenklich aufreizenden Nachbarschaft des Kommunismus, die zwangsläufig die politische Taktik der SPD beeinflussen mußte. Der von Moskau organisierte und befohlene Haufen des deutschen Kommunismus ist jedoch inzwischen so geschlagen, so in die Nähe des Nullpunktes abgesunken und so allgemein verachtet, daß er einer sachlich verantwortungsbewußten Politik der SPD keine einengende Gefahr mehr bereitet. Die mehr handwerkliche Kunst Ollenhauers ist zur Realisierung einer solchen Politik wahrscheinlich besser geeignet als das dialektische Genie Kurt Schumachers, das in polemischen Einfällen, Formulierungen und Gefühlen so erregend glänzte. Man kann nur hoffen, daß die weniger leidenschaftliche Führung Ollenhauers sich an der neuen Aufgabe bewähren wird — so entschieden im übrigen die sozialdemokratische Opposition sein und bleiben mag.

### Zwischen Regierung und Opposition

Es kommt dabei allerdings nicht in Frage, die Opposition einfach einzustellen oder sie — was in der SPD zu Unrecht befürchtet wurde — mit autoritären Methoden um die Mitarbeit zu betrügen. Das eine wie das andere würde den Sinn des Parlaments und den Geist der Verfassung entstellen. Es kommt vielmehr darauf an, daß sich Regierung und Opposition möglichst oft in den sachlichen Entscheidungen auf einer gemeinsam erarbeiteten Linie zusammenfinden. Das ist weder die unredliche Opposition einer „Ablehnung unter allen Umständen“ noch die ebenso unredliche „Übereinstimmung unter allen Umständen“, sondern ein sachliches Ringen um die Entscheidung, ein Mitgehen oder Widersprechen aus Überzeugung, wobei auf beiden Seiten der Respekt vor der anderen Haltung gewahrt werden muß. Das schafft dann auch die politische Atmosphäre, in der Beratung und Information zwischen Regierung und Opposition, wie Ollenhauer sie forderte, einfach eine Selbstverständlichkeit des Vertrauens sind. Wir werden sehen, ob die Parteien des neuen Bundestages für ein solches Ver-

fahren reif sind, das in anderen Ländern gerade in außenpolitischen Entscheidungen längst zur Übung geworden ist.

### Die günstige Situation

Diese Zusammenarbeit wird heute in der Außenpolitik trotz aller Annäherung noch nicht leicht sein. Es verdient aber festgehalten zu werden, daß Ollenhauer in seiner Rede, in der er vor einer Ausnutzung der Zweidrittelmehrheit für „Verfassungsänderungen ohne oder gegen die SPD“ ernstlich warnte, doch Verständnis dafür äußerte, daß die Bundesregierung sich ihrer verfassungsändernden Mehrheit bediene, um den Streit um die EVG aus der Welt zu schaffen. Hier deutet sich wahrscheinlich die Bereitschaft der SPD an, nach Erledigung des EVG-Streites durch verfassungsrechtlich vollendete Tatsachen den neuen Abschnitt der deutschen Außenpolitik möglichst gemeinsam zu gestalten. Das Schicksal der EVG wird selbst in diesem Falle noch zweifelhaft sein, aber es hängt dann in keiner Weise mehr von Deutschland ab.

Das ist die günstigste Situation, den weiteren Weg der deutschen Außenpolitik zu einer gemeinsamen Sache der Regierung und der Opposition zu machen — sei es, um die Verträge endlich durchzuführen, sei es, um sie aus den von Frankreich nachträglich geschaffenen Bindungen zu lösen, oder sei es, um nach ihrem Scheitern die deutsche Politik nach anderen Alternativen zu orientieren. Wir wissen heute noch nicht, welche dieser drei Möglichkeiten eintreten wird. Die Entscheidung hierüber hält Frankreich in seiner Hand. Das — wie die Debatte im Rat der Republik zeigte — noch immer zwischen Annahme und Ablehnung der EVG schwebt. Aus welcher Überlegung eigentlich? Die „Gazette de Lausanne“ fragt, ob die Nichterfüllung der einen oder anderen Bedingung, die Frankreich (wie zum Beispiel die Europäisierung der Saar) mit der Ratifizierung der Verträge verknüpft hat, nicht der Vorwand sei, den breite französische Kreise suchen. Die Frage wird nicht zum ersten Male gestellt. Es wird aber gut sein, wenn sie bald beantwortet wird.

## Grüne Woche wird international

Berlin (Eigenmeldung). Die Vorbereitungen für die Grüne Woche Berlin 1954 sind in vollem Gang. Diese große landwirtschaftliche Schau wird vom 29. Januar bis 7. Februar in neun Hallen am Funkturm auf einer Fläche von 31 000 Quadratmetern zusammen mit dem Internationalen Reit- und Springturnier stattfinden. Der Senat hat Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Jugoslawien, Österreich, Schweden, Spanien und die Schweiz zur Teilnahme eingeladen.

## Pläne gegen Flüchtlingsnot

Freiburg (DPA). Bundesvertriebenenminister Prof. Oberländer kündigte in Freiburg an, daß er dem Kabinett einen Plan zur Behandlung des Flüchtlingsproblems und mehrere Notprogramme für den kommenden Winter vorlegen werde.

Das Ministerium habe sich folgende Aufgaben gestellt: allmähliche vollständige Auflösung der Flüchtlingslager, Beseitigung der Dauerarbeitslosigkeit in den Elendsgebieten durch Umsiedlung, Eingliederung der vertriebenen Bauern durch die Kultivierung von Ödland und durch andere Maßnahmen und Förderung der Vertriebenen-Industrien.

## Erleichterte Auswanderung

Berlin (DPA). Die Auswanderung nach Kanada wird im nächsten Jahr voraussichtlich einen starken Auftrieb erhalten. Es wird damit gerechnet, daß Kanada rund 50 000 bis 60 000 Deutsche aus allen Berufen aufnehmen wird.

## Barer Unsinn

Berlin (AP/DPA). Der sowjetzonal „Deutschlandsender“ vorbereitete am Donnerstagnabend „Enthüllungen“ über ein angebliches deutsch-amerikanisches Geheimabkommen, nach dem die Bundesrepublik „unwiderruflich“ Anfang nächsten Jahres eigene Truppenverbände aufstellen solle. In Bonner Regierungskreisen wurde der SED-Bericht als „barer Unsinn“ bezeichnet.

## Die vergoldete Ostmark

Wie die sowjetzonal Presse mitteilt, hat der Ministerrat der Sowjetzone beschlossen, den Goldgehalt der Ostmark auf 0,399 902 Gramm festzulegen. Umgerechnet gäbe das 2,20 Ostmark für einen Dollar!

Diese Ankündigung wird weder die Kursbildung der Ostmark noch den Außenhandel der Sowjetzone mit dem Westen irgendwie beeinflussen. Niemand wird nämlich etwas von dem angeblichen Goldgehalt der Ostmark zu sehen oder zu spüren bekommen; er ist als Zwangskurs eine reine Fiktion. Denn es gibt in der Sowjetzone keinen freien Devisenhandel.

Das gleiche war der Fall, als die Sowjetunion am 1. März 1950 den Goldgehalt des Rubels auf 0,222 168 Gramm festlegte.

Angesichts der geringen Kaufkraft der Ostmark ist es reichlich lächerlich, daß eine DM Ost so viel wert sein soll wie 1,89 DM West. Dies wäre nämlich der zu errechnende Kurs, wenn der verkündete Goldgehalt der Ost-

mark auch kaufkräftmäßig entsprechend fundiert wäre.

Welchen Sinn könnte diese merkwürdige Verkündung vom fiktiven und verhältnismäßig hohen Goldgehalt der Ostmark haben? Man weiß, daß bisher viele Transaktionen der Sowjetzone mit der Sowjetunion zum Kurse von einem Rubel gleich 83,3 Ostpfennigen abgerechnet wurden. Auch andere Umrechnungskurse wurden verwendet, wenn es galt, den Gegenwert der Rubelerlöse den inländischen Konten der volkseigenen Betriebe gutzuschreiben. Nach den bekanntgegebenen Goldgehalten von Rubel und Ostmark würde der Rubel jetzt nicht mehr 83, sondern nur noch 55 Ostpfennige wert sein. Die Ostmark wäre danach im Verhältnis zu den Währungen des Ostblocks aufgewertet. Im günstigsten Falle könnte das eine Verbesserung der Austauschbedingungen der Sowjetzone mit den Ostblockstaaten bedeuten. Doch auch dies ist nur eine Möglichkeit, deren Realität nicht nachprüfbar ist.

## Die Frau als Kuli

Der sowjetzonal „Ministerpräsident“ Grotewohl hat sich in einer Rede vor der „Konferenz werktätiger Frauen“ mit der Stellung der Frau in der Sowjetzone befaßt. Diese Ausführungen zeigen in erschreckender Deutlichkeit, wie die sowjetzonal „Gleichberechtigung“ der Frau aussieht. „Mit berechtigtem Stolz können wir feststellen“, so meint Grotewohl, „daß sich bei uns der Anteil der Frauen im Beruf und in der Produktion vom Juni 1950 bis zum Dezember 1952 von 36 Prozent auf 38 Prozent erhöht hat.“

Wie sieht diese sowjetzonal Gleichberechtigung der Frau, näher betrachtet, aus? Nach den Angaben von Grotewohl haben die Frauen in den acht Lohngruppen der feinmechanischen und optischen Betriebe im zweiten Quartal 1953 folgenden Anteil an den Beschäftigten. In der Gruppe I (der niedrigsten) 90,3%, II 84,3%, III 56,3%, IV 27,2%, V 10,9%, VI 1,7%, VII 1,1% und VIII 1,4%. „Ähnlich“, sagt Grotewohl, „sieht es auch in anderen Industriezweigen aus.“

Grotewohl fordert allerdings, daß in größerem Maße Frauen für qualifizierte Arbeiten in den höheren Lohngruppen ausgebildet werden. Worum es Grotewohl hierbei geht, ist nun aber nicht die soziale Situation der Frau, sondern grundsätzlich die Schaffung von mehr und mehr qualifizierten Arbeitskräften für die industrielle Produktion. Das wird auch deutlich, wenn er mehrere volkseigene Betriebe kritisiert, weil sie „für Produktionsarbeiterinnen Lehrgänge in Stenografie und Schreibmaschine durchführen und die Kolleginnen nach Abschluß dieses Zirkels als Stenotypistin in die Verwaltung einsetzen. Es ist nicht Sinn und Zweck der Qualifizierung, Produktionsarbeiterinnen zu Verwaltungsangestellten zu entwickeln. Sie sollen in erster Linie zu guten Facharbeiterinnen und Spezialistinnen erzogen werden.“

Die Sorge gilt also nicht einer echten Gleichberechtigung der Frau, sondern einzig und allein einer erhöhten Produktivität der kommunistischen Wirtschaft.

## Vorstoß für Europa-Armee

### Bedeutungsvolle Rede des französischen Außenministers

Paris (Eigenmeldung). Der französische Außenminister Bidault hat sich mit einer zwei-stündigen Rede vor dem Rat der Republik nachdrücklich für die Ratifizierung des EVG-Vertrages eingesetzt. Mit seinen Schluß-ausführungen verstand er es, den größten Teil des Hauses von der EVG als der für Frank-reich einzig möglichen Lösung zu überzeugen. Der Rat der Republik hat zwar nur berate-nde Funktionen, doch dürfte seine Haltung mit ausschlag-gebend für die Entscheidung der Nationalversammlung sein.

Auch der französische Ober-kommissar François Poncet ap-pellierte an die französischen Politiker, den Vertrag über die EVG zu ratifizieren.

Bonn (Eigenmeldung). Die ein-deutigen Worte, die Außen-minister Bidault für die Ratifi-zierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungs-gemeinschaft gefunden hat, wer-den in Bonn als ein deutlicher Beweis dafür angesehen, daß sich Bidault nunmehr entgegen

allen anderen Vermutungen mit der Sache der Europäischen Ver-teidigungsgemeinschaft verbun-den hat.

Ferner hat die Entscheidung der Partei Bidaults, der repu-blikanischen Volkspartei, ihr weiteres Verbleiben in der Re-gierung davon abhängig zu machen, ob der EVG-Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert wird, lebhaftes Echo hervorgerufen.

### Erst ehrliche Absichten!

Washington (AP/DPA). Ein Zusammentreffen mit dem so-wjetischen Ministerpräsidenten Mälenkew sei für ihn so lange völlig hoffnungslos, als Amerika nicht wisse, ob die Sowjetunion

mit einer derartigen Konferenz ehrliche Absichten verfolge, dies erklärte Präsident Eisenhower.

Er sei aber bereit, alles zu unternehmen und jedes Opfer zu bringen, um die Sache des Welt-friedens zu fördern.

Der britische Premierminister Churchill habe US - Außen-minister Dulles zugesichert, alle Bemühungen um ein Treffen der Regierungschefs mit der Sowjet-union für mehrere Monate ein-zustellen, teilten gut unterrich-tete Kreise in Washington mit.

Churchill werde sich nicht um ein Treffen bemühen, bevor die Sowjets endgültig den west-lichen Vorschlag auf ein Treffen der vier Außenminister am 9. November in Lugano abge-lehnt hätten und der franzö-sischen Nationalversammlung Gelegenheit gegeben worden sei, den EVG-Vertrag zu ratifizieren.

## 29 815 kommunistische Morde

Washington (DPA/AP). Ein von der amerikanischen Armee veröffentlichter Bericht beschul-digt die Kommunisten, 6113 amerikanische Soldaten in Korea gefoltert und getötet zu haben.

Der amerikanische Heeres-minister sagte zu dem Bericht, daß er „das kaltblütige Pro-gramm der Tortur und des Mordes“ beschreibe. „das von dem kommunistischen Feind ausgeführt wurde“. Gleichzeitig wurden Fotos veröffentlicht, die verstümmelte Soldaten und ver-brannte Leichen zeigen. Die Ge-marterten sollen lebend ver-brannt worden sein.

Insgesamt werden den Kom-munisten in dem Bericht 29 815 Morde nachgewiesen, davon 11 622 an Militärpersonen der UN, 17 354 an Zivilisten und 839 an anderen Personen.

## Wieder eine starke Nation

### US-Truppen bleiben bis zur deutschen Wiedervereinigung

Berlin (Eigenmeldung). Der Präsident des amerikanischen Repräsentantenhauses, Martin, versicherte in Westberlin, daß die amerikanischen Truppen „als Verteidiger und Bundesgenossen so lange hier bleiben werden, bis Deutschland wieder vereinigt ist“.

„Wir wollen Deutschland wieder als starke Nation auf-erstehen sehen, die sich selbst verteidigen kann“, sagte er. „Wir hoffen, daß zwei große Völker, die Amerikaner und die Deutschen, in der Zukunft Seite an Seite kämpfen werden für Frieden und Freiheit.“

Martin benutzte seinen Auf-enthalt in Berlin auch dazu, sich durch eigene Anschauung ein Bild vom Ostsektor zu machen. Er fuhr u. a. zur Stalinallee, nach Karlshorst und sah sich die Wilhelmstraße an.

### Lieber Zuchthaus!

Berlin (DPA/AP). Mit einem Urteil von 15 Jahren Zuchthaus

und unehrenhaftem Ausschluß aus der Armee zog das US-Mil-i-tärgericht Berlin den Schluß-strich unter die abenteuerliche Geschichte des desertierten 21-jährigen amerikanischen Sol-daten Robert W. Dorey.

Dorey war im Mai vergange-nen Jahres nach einem Kame-radendiebstahl von seiner Ein-heit in Hersfeld (Hessen) in die Sowjetzone geflohen. Die So-wjets benutzten ihn zunächst zu Spitzelzwecken und schickten ihn dazu in die amerikanische Zone. Dann kehrte er in die Sowjetzone zurück, schrieb meh-rere gegen die USA gerichtete Erklärungen, arbeitete in einer HO-Bäckerei und in den Lova-Werken in Bautzen.

Am 26. August floh er nach Westberlin und stellte sich den amerikanischen Behörden. Die Strafe, die er zu erwarten hatte, wollte er lieber auf sich nehmen als das Leben in der Zone.

### Europäischer Arbeitsmarkt

Paris (AP). Der Ministerrat des Europäischen Wirtschafts-rats beschloß die Herbeiführung der Freizügigkeit auf dem euro-päischen Arbeitsmarkt. In Zu-kunft kann jeder Arbeitsplatz in einem der Mitgliedsländer, wenn er nicht innerhalb von 30 Tagen mit einem Einheimischen besetzt wird, von dem Betrieb an eine ausländische Arbeitskraft eines der Länder vergeben werden.

### Die KP schrumpft

Washington (DPA). Die kom-munistischen Parteien in West-europa haben, nach einem Be-richt eines Unterausschusses des US-Senats, zur Zeit nur noch rund drei Millionen Mitglieder,

# Volkspolizei im Bürgerkriegs-Manöver

## Tschechische Flüchtlingsgruppe als Vorwand — Seltsame Verfolgungsmethoden

Seit zwei Wochen spärlich und verworren einlaufende Nachrichten über Vopo-Aktionen gegen „Mordbanden“ und „Terroristen“ im Raum zwischen Königs Wusterhausen und Kottbus werden durch die Aussagen geflüchteter Volkspolizisten allmählich als das entlarvt, was sie darstellen: als getarnte Bürgerkriegs-Manöver großen Stils. Zwei Zwischenfälle wurden von der Volkspolizei zum Anlaß genommen, um die lange geplante Übung unter einem glaubwürdigen Vorwand durchzuführen. Was sich jetzt zwischen Kottbus und Berlin abspielt, sind tatsächlich Alarm-Übungen der kasernierten Volkspolizei für den Fall der Wiederholung eines 17. Juni.

Am 21. Oktober meldete die Bezirksbehörde Kottbus der Volkspolizei über ADN, am 10. Oktober sei „eine Bande bewaffneter Terroristen“ in das Gebiet der DDR eingeschleust worden. Gleichzeitig wurden in Kottbus drei und in Luckau ein Volkspolizist unter starker SED-Beteiligung zu Grabe getragen. Schon 24 Stunden danach rückten aus allen Bezirken der Zone schwerbewaffnete KVP-Einheiten in den Raum zwischen Spreewald und Fläming ein.

Feldmarschmäßig ausgerüstete Alarm-Einheiten gruben sich links und rechts der Autostraßen ein, in den Kreisstädten wurden öffentliche Gebäude und Parteidienststellen von KVP besetzt. 30 Mann starke Einsatz-Gruppen auf SIS-Lastern, ausgerüstet mit Wehrmachts-Schnellfeuerwaffe 43, jagten durch die Dörfer und bauten vielfach in Produktionsgenossenschaften „Alarmpunkte“ auf.

Inzwischen gaben die Vopo-Dienststellen nähere Einzelheiten und Anweisungen bekannt. Danach schien es sich um eine tschechische Flüchtlingsgruppe zu handeln, die sich gewaltsam den Weg nach Berlin zu bahnen suchte. Tatsächlich war auf dem Bahnhof Uckro bei einer Personenkontrolle ein Vopo-Kommissar erschossen worden, während ein Fangkommando der Vopo unter Anführung des SSD-Oberrates Hoffmann in den Wäldern um Kottbus drei Tote einschließlich seines Führers zu melden hatte. Am Tatort fanden Volkspolizisten tschechische Uniformteile und eine Skoda-Maschinenpistole. Kurz darauf wurden von einem anderen VP-Kommando zwei Tschechen er-

schossen, einer wurde schwer verwundet nach Luckenwalde gebracht. Seither hörte man von den Tschechen außer Vermutungen nichts mehr. Lediglich an den Landratsämtern und einigen Chausseebäumen kleben Fahndungszettel mit den Namen und Fotos von drei tschechischen Staatsangehörigen, die jetzt in Westberlin eingetroffen sind.

### Widersprechende Tatsachen

Bald nach Bekanntwerden dieser Tatsachen nahmen westalliierte Stellen die Ermittlungen auf. Dabei stellte sich heraus, daß tatsächlich eine Gruppe tschechischer Soldaten in Stärke von fünf Mann versucht hatte, durch Sachsen und den Spreewald nach Berlin zu fliehen. Diese Gruppe schien bei Bekanntwerden der Vorfälle bis auf drei Mann aufgerieben zu sein. Die vier ums Leben gekommenen Volkspolizisten werden auf ihr Konto gebucht.

Stützpunkt wurden alliierte Stellen jedoch, als für die restliche Fahndungsaktion aus allen Bezirken die erst nach dem 17. Juni aufgestellten „Schnellkommandos“ im Spreewald zusammengezogen und bis zur tschechischen Grenze eingesetzt wurden. Weder ihre Bewaffnung noch die Art ihres Vorgehens ließen darauf schließen, daß sie sich an der Fahndung beteiligten.

### Aktenschranke ausgeräumt

Das Mißtrauen verstärkte sich, als in Städten wie Königs Wusterhausen und Luckenwalde plötzlich die Aktenschranke aus dem Rat des Kreises und den SED-Leitungen übungsmäßig von KVP-Kommandos verlagert und wieder hineingeschafft wurden, als Industriebetriebe sowohl

nach außen als auch nach innen militärisch gesichert wurden und Granatwerfer übungsmäßig Munition verschossen, wo beim besten Willen kein „Partisan“ zu vermuten war.

Die Männer aus dem Spreewald, alte Landser unter ihnen, begannen allmählich grinsend zu fragen: „Na, sucht ihr wieder Partisanen?“ Und langsam merkte man, warum die KVP mit einer inzwischen auf annähernd 25 000 Mann angestiegenen Streitmacht die drei restlichen tschechischen Deserteure „sucht“.

### Furcht vor Unruhen

Unter diesen Umständen wird es der SED nicht allzulange gelingen, die Wahrheit über die Vorgänge im Südosten der Zone geheimzuhalten.

Bewaffnung und Einsatzpläne der KVP-Operativgruppen sind eindeutig auf Einsatz im Bürgerkriegsfall gerichtet. Taktischer Probefall ist der 17. Juni. Alle damals als Gefahrenherd erkannten Punkte werden manövermäßig bekämpft, Durchmarschstraßen der damaligen Aufständischen strategisch abgesichert, Manöverziel: In einzelnen Städten und Ortschaften ausgebrochene Unruhen einzukreisen und alle strategisch wichtigen Punkte schneller als die „Aufrührer“ zu besetzen.

### Der Weg durch die Zone

Darüber hinaus wird auch die Absicherung der südöstlichen Zonengrenze geübt. Denn: Gelingt es im Falle eines abermaligen Volksaufstandes wiederum auch den Volksdemokraten, die staatliche Zwangsjacke ein wenig zu lockern, bleibt etwaigen Flüchtlingen aus Polen und der CSR nur noch der Weg durch die Zone. Die Grenze nach Bayern ist heute von östlicher Seite hermetisch abgeriegelt. Auch diesem Sicherungszweck dienen die Vopo-Manöver. Daß die kleine Gruppe tatsächlicher CSR-Flüchtlinge für sie als Vorwand dienen muß, liegt begründet in der Furcht der SED, durch Klarstellung der Manöverziele die Bevölkerung noch mehr als ohnehin zu beunruhigen.

## Kirchenkampf in Stalinstadt

**Pankow brach sein Versprechen — Angeblich kein Platz**

Berlin (Eigenbericht). Stalinstadt, die neue Wohnstadt des Hüttenkombinats Ost bei Fürstenberg/Oder, soll keine Kirche bekommen. Das hat das sowjetzonale Aufbauministerium jetzt erklärt, nachdem es anfangs, im November 1951, den Bau einer Kirche für die 15 000 Einwohner fest zugesichert hat. Auch auf dem Stadtplan war die Kirche eingetragen.

Seither hat die SED in einem ständigen Kampf gegen die Kirche Stück für Stück ihres Versprechens zurückgenommen. Trotz des „neuen Kurses“ fand sie sich nicht einmal bereit, der Kirche den Bau einer eigenen Kirchenbaracke als Notbehelf auf dem „volkseigenen Grund und Boden“ zu genehmigen. Nur auf dem Gelände von Fürstenberg soll die Kirche ein Gelände für die Baracke bekommen, das denkbar ungeeignet ist. Der Oder-Spree-Kanal und eine Eisenbahnlinie, deren Schranke wegen der Gütertransporte oft stundenlang geschlossen ist, trennen es von Stalinstadt.

Das Versprechen, in Stalinstadt eine Kirche zu bauen, nahm der „Sonderbeauftragte des Ministeriums für Aufbau in der Wohnstadt Fürstenberg“ schon Anfang 1952 zurück. Da-

mals wurde allerdings noch erklärt, der Bau verzögere sich nur bis 1955. Solange dürfe als Behelf eine Kirchenbaracke auf dem Gelände errichtet werden. Als „Stalinstadt“ im Februar 1953 von Ulbricht offiziell den Namen erhielt und selbständiger

## RIAS mit zweitem Programm

**Künftig besserer Empfang — Maßnahmen gegen Störender**

Berlin (Eigenmeldung). Der RIAS sendet seit dem 1. November zwei Programme. Ein neues (II.) Programm wird werktags von 18 bis 24 Uhr, sonntags von 14 bis 24 Uhr über den Sender Hof auf Kurzwelle, UKW und Drahtfunk ausgestrahlt. Das bisherige (I.) Programm läuft unverändert. Mit der Einführung des II. Programms und der Ausstrahlung auf drei Frequenzen wurde gleichzeitig auch das

Stadtkreis wurde, war von einer Kirche schon überhaupt nicht mehr die Rede. In der „ersten sozialistischen Stadt“ dürfe überhaupt kein kircheneigenes Gebäude errichtet werden, betonte das Aufbauministerium. Selbst der Barackenbau wurde nicht mehr genehmigt.

Der einzige Erfolg des „neuen Kurses“ war, daß schließlich, weitab von Stalinstadt, die Kirchenbaracke gebaut werden darf. Damit ist es nicht einmal möglich, den Kindern in Stalinstadt Religionsunterricht zu erteilen, da entsprechende Räume nicht zur Verfügung stehen.

Rahmenprogramm des RIAS für das Winterhalbjahr, vor allem hinsichtlich der politischen Sendungen für die Sowjetzone, geändert.

Der Empfang des RIAS war durch Störender besonders im Raum von Dresden, Magdeburg und im sächsischen Industriegebiet schlecht geworden. Stromsperrn zu den Sendezentren zwischen 19 und 20 Uhr sowie zahlreiche kleinere Störender haben den Empfang in vielen Gebieten der Sowjetzone erschwert. Durch die Ausstrahlung auf einer dritten Frequenz sowie durch die Sendung von zwei Programmen und die Verschiebung der Nachrichten- und politischen Sendungen wird versucht, den RIAS-Empfang in der Sowjetzone wieder zu verbessern.

Das II. Programm ist kein Parallelprogramm mit völlig anderen Sendungen. Es wird lediglich das I. Programm an einem anderen Wochentag bringen, so daß für den Hörer eine bessere Auswahl möglich ist. Die Nachrichten-Sendungen werden auf 19 beziehungsweise 21 Uhr verlegt. Halbstunden-Sendungen mit anschließendem Kommentar, mit Reportagen und Interviews. Dafür fällt künftig die Sendung „Berlin spricht zur Zone“ weg.

Das Programm I ist nach wie vor über den Sender Britz auf Mittelwelle 989 kHz und 683 kHz zu hören. Das Programm II wird ausgestrahlt über den Sender Hof 737 kHz, über Kurzwelle 49,94 Meter und über UKW.

## Deutsche Spezialisten freigeben!

Berlin (DPA). Die UN soll die Sowjetunion auffordern, die zwangsverpflichteten deutschen Spezialisten freizulassen. Dieser Wunsch ist in einer Eingabe enthalten, die der Leiter des Untersuchungsausschusses freier Juristen, Dr. Friedenau, an die Internationale Juristenkommission im Haag gerichtet hat. Die Kommission soll den Status der deutschen Spezialisten untersuchen, die nach Informationen des Untersuchungsausschusses fast alle in die Heimat zurückkehren wollen.

### Sie lehnen ab

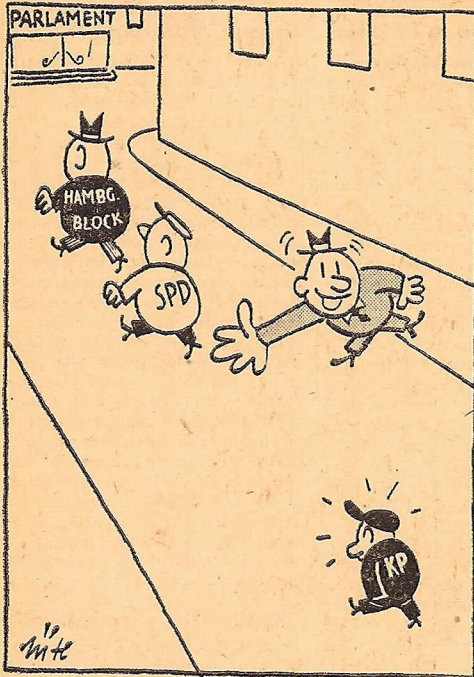
Berlin (Eigenmeldung). Während einer „internen Aussprache“ zwischen FDGB-Beauftragten und einigen Spezialisten im „Chemiewerk Buna“, Schkopau, kam es zu erregten Auseinandersetzungen, als die FDGB-Funktionäre versuchten, Spezialarbeiter der künstlichen Gummifertigung für die UdSSR zu werben. Den betreffenden Arbeitern, die vom SED-Ingenieurkollektiv ausgewählt worden

waren, wurden bereits fertig ausgefüllte Zweijahresverträge für die Sowjetunion zur Unterschrift vorgelegt. Nicht ein einziger unterschrieb.

## Flüchtlingsschulden abgebucht

Berlin (AP). Das sowjetzonale Finanzministerium hat alle volkseigenen Betriebe angewiesen, Forderungen gegen nach Westberlin oder in die Bundesrepublik geflohene Personen auszubuchen und auf eine gerichtliche Geltendmachung ihrer Forderungen zu verzichten. Damit richtet sich das Ost-Finanzministerium nach der Tatsache, daß Schuldtitel sowjetzonaler Gerichte in Westdeutschland und Westberlin erst nach genauer Nachprüfung ihrer Rechtmäßigkeit vollstreckt werden können. Das ist bei den Forderungen volkseigener Betriebe und „Steuerschulden“ nie der Fall. Außerdem können die Flüchtlinge Vollstreckungsschutz erhalten.

## Hamburger Wahlergebnis



„KP? — Kein Platz!“

## Nur flüstern . . .

### Gelernt ist gelernt

Nach dem 17. Juni ist nun auch Müller als „Provokateur“ angezeigt worden. Ein Spitzel hat gehört, daß Müllers Papagei immer wieder „Freie Wahlen!“ gerufen hat.

Nun soll Müller mit dem Papagei vor dem Volksrichter erscheinen. Er überlegt hin und her. Schließlich geht er zum Pfarrer und bittet den um Hilfe. Denn der Pfarrer hat einen Papagei, der genau so aussieht wie Müllers Lora.

Am nächsten Tag ist Verhandlung. Richter, Staatsanwalt, alle stürzen sich auf den Papagei und schreien im Chor, um ihn aufzumuntern: „Freie Wahlen! Freie Wahlen!“ Sieht der Papagei sie einen Augenblick an. Dann sagt er sehr ernst: „Gott erhöere unser Flehen!“

### Der Beweis

Eine einfache rumänische Bäuerin muß nun auch einmal zur kommunistischen Dorfversammlung gehen. Sie trägt einen großen Rosenkranz in der Hand und ein Kreuz um den Hals. Das ärgert den Polizisten, der am Eingang steht, ganz gewaltig. Wütend fährt er sie an: „Was willst du denn damit? Warum trägst du solches Zeug? Tu das weg!“

Lächelt die Bäuerin ihn verschmitzt an und meint: „Aber nein, das brauche ich doch, um den elenden Imperialisten hier zu zeigen, daß bei uns volle Religionsfreiheit herrscht!“

## Kleine HO-Geschichten

Bei der HO, nicht wahr, wird der Kunde staatlich bedient. Und das heißt, daß er nicht mehr viel zu sagen hat.

Wie z. B. Herr Meyer in Leipzig, der empört ins HO-Warenhaus kommt. Gestern hat er sich einen Wintermantel gekauft, und heute — na, da haben wir die Bescherung — ist die ganze Rückennaht einfach aufgeplatzt. Meyer wütet über die schlechte Qualität. Sieht ihn die Verkäuferin sehr von oben herab an: „Ich verstehe Sie gar nicht! Daß die Rückennaht platzte, ist nur ein Beweis dafür, wie fest bei uns die Knöpfe angenäht werden!“

\*

Mit den Schuhen ist das auch so eine Sache. Probiert ein Kunde Schuhe an. Ein Paar gefällt ihm einigermaßen. „Aber der linke ist zu klein!“ jammert der Kunde. Tröstet die HO-Verkäuferin: „Das macht gar nichts — der Schuh wird schon nach

einer Stunde Tragen viel weiter!“ Der Kunde hat aber noch mehr Sorgen: „Aber der rechte Schuh ist viel zu groß!“ Selbst da weiß die Verkäuferin noch Rat: „Das macht erst recht nichts! Sie werden sehen, daß die Schuhe nach dem nächsten Regen glatt zwei Nummern kleiner werden!“

\*

In den HO-Restaurants müssen nach der Verkündung des neuen Kurses die Speisekarten möglichst reichhaltig sein. Dem Gast, der gekommen ist, um Fisch zu essen, läuft förmlich das Wasser im Munde zusammen. Er kann sich nicht entscheiden, welches Fischgericht er wählen soll, und fragt deshalb den Ober: „Sagen Sie mal — welcher Fisch ist denn davon am frischesten?“ Flüstert der Ober: „Am frischesten sind die Sardinen, mein Herr!“

### Die Ernährerin

Aktivist Piesecke hat wieder einmal eine Sonderschicht geleistet. Er bekommt eine Prämie, weil auch seine Frau und sein Sohn Aktivisten sind. Sie werden alle zusammen zur „Familie der ausgezeichneten Qualität“ ernannt. Und als Belohnung will man dafür sorgen, daß die alte Oma Piesecke nun in ein schönes Altersheim kommt.

Schreit Piesecke entsetzt auf: „Nur das nicht! Dann sind wir ruiniert!“

Der Abgesandte der SED wunderte sich sehr: „Wieso denn? Wir dachten, wir wollten euch die Sorge um die alte Frau abnehmen!“

„Sorge?“ sagt da Piesecke, „Sorge? Das ist doch unsere Ernährerin, die holt für uns die Lebensmittelpakete aus Westberlin, weil wir alle keine Zeit haben.“

# Gold am Kältepol der Welt

## Zwangsarbeiter schürfen in Kolyma — Das billigste Monopol

Unter den Heimkehrern aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden sich kürzlich auch einige „Verurteilte“, die mehrere Jahre in den fernöstlichen Zwangsarbeitsgebieten der Sowjetunion zubringen mußten.

Dalstroj — Aufbau der Fernostgebiete —, so nennen die Sowjets einen umfassenden Plan. Er ist die Summe mehrerer strategischer und wirtschaftlicher Einzelprojekte, nach denen der Nordosten Sibiriens, das überwiegend gebirgige Land zwischen der Lena und der Beringstraße, seit eineinhalb Jahrzehnten erschlossen wird. Um den Bau von Verkehrswegen, Flugplätzen und Kraftwerken geht es da, um die Nutzung wertvoller Bodenschätze, aber auch um die Gewinnung von Gold, das besonders im Gebiet des Flusses Kolyma reichlich gefunden wird. Hier hat sich eine Zweigverwaltung des NKWD mit den beim Bau des Weißmeer-Kanals in den zwanziger Jahren erstmals angewendeten Prinzipien der Sträflingsarbeit das billigste Goldschürfmonopol der Welt gesichert.

Bei einem minimalen Kostenaufwand wird hier im „Goldland Kolyma“ ein Millionenheer politischer und krimineller Gefangener dazu gezwungen, das kostbare, glänzende Metall aus dem kristallinen Gestein der Berge zu brechen. Jahr um Jahr wird die Zahl der Lager ver-

größert. Der „Nachschub“ kommt auf dem Seewege heran. Vom späten Frühjahr bis zum frühen Herbst sind die fernöstlichen Häfen der Sowjetunion eisfrei. In diesen wenigen Wochen werden in Wladiwostok, in Nachodka, in Nikolajewsk die dickbauchigen Transporter für Kolyma abgefertigt. Manche dieser Schiffe nehmen bis zu 3000 Sträflinge mit. Routinemäßig wird die menschliche Ladung im Hafen von Magadan gelöscht.

Vor einem knappen halben Menschenalter war dieser Ort eine unbekannte kleine Fischer-siedlung. Heute ist er zu einer Stadt mit 50 000 Einwohnern, in der Mehrzahl Behördenangestellten, herangewachsen. Im Laufe der Jahre haben sich aber auch entlassene Zwangsarbeiter hier angesiedelt.

Auch bei strengster Kälte wird die Arbeit nicht unterbrochen. Sie besteht den ganzen Winter hindurch darin, daß an den Schürfstellen der Boden aufgehackt und das darunterliegende goldhaltige Gestein gesprengt, zerkleinert und zu hohen Halden geschichtet wird. Während des kurzen Sommers, der in den lichten Nadelwäldern an den Berghängen nur ein paar

Beerenarten reifen läßt, werden diese Halden wieder abgeräumt und das Gestein an Bächen und Flüssen durchgewaschen.

Manche dieser Fundstellen sind so ergiebig, daß jeder der dort arbeitenden Gefangenen schon nach kurzer Zeit für den Rest seines Lebens sorgenfrei leben könnte, könnte er über das von ihm geförderte Gold selbst verfügen. Aber dieses Recht steht ausschließlich dem Staat zu, der lediglich für beträchtliche Übererfüllung des Solls Strafverkürzung in Aussicht stellt. Sie wird besonders dann gewährt, wenn es hier und da einmal einem Häftling gelingt, einen größeren Klumpen puren Goldes zu finden. Stücke im Gewicht von 300 Gramm und darüber sind schon ans Tageslicht gekommen und haben die in Kolyma übliche Redewendung bestätigt, daß manchmal mehr Gold da ist als Brot.

## Studenten-Austausch

200 amerikanische Austausch-Studenten werden im Rahmen des Fulbright-Austausch-Programms 1953/54 in der Bundes-

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Das religiöse Leben in Amerika

In Amerika gibt es 250 Konfessionen und Sekten, zu denen 50 Prozent der Einwohner der USA gehören. Es gibt 60 Millionen Protestanten, 30 Millionen Katholiken und 5 Millionen Juden.

Vor der Mannigfaltigkeit dieses Bildes muß man sich klarmachen, daß dies alles keine Volkskirchen sind, in die man hineingeboren wird, sondern in die man eintritt und an denen man freiwilligen und sehr aktiven Anteil zu nehmen hat.

Dafür muß die Kirche ein vielfältiges Gemeindeleben organisieren. Diese Tätigkeit ist eine Notwendigkeit für die Kirchen,

„Eine Kirche, die nicht sieben Tage in der Woche tätig ist, verschwindet“, sagte Pater Weigel.

Hierzu gehören ein paar Grundsätze, die jeder Amerikaner anerkennt: 1. Religion muß sein, 2. Religion muß Religion sein und 3. Religion muß nur Religion sein. Religion ist außerdem für den Amerikaner gleichzusetzen mit Ethos. Er verlangt von den Kirchen, daß sie das öffentliche Gewissen sind und für Sittlichkeit sorgen. Ethik bleibt keine Privatsache, und deshalb ist man auch in den verschiedensten Formen tätig, vor allem auf karitativem Gebiet.

republik studieren, 120 deutsche Studenten studieren zur Zeit an amerikanischen Universitäten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.